

# report baden-württemberg

Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V. (VdAK)

AEV – Arbeiter-Ersatzkassen-Verband

Juli 2005

# ersatzkassen

## Aktion der Ersatzkassen „Asthma und COPD – erfolgreich verhindern!“

- **Atemwegserkrankungen nehmen bei Kindern stark zu**
- **Mit der Zigarette in der Hand gegen Feinstaub zu demonstrieren, ist absurd**
- **Behandlung von Atemwegserkrankungen als integriertes Versorgungsangebot flächendeckend nutzen**

**STUTTGART/ULM.** Bis zum heutigen Tag verunsichert das Thema Feinstaub die Bevölkerung, welches in der Konsequenz u.a. auch Auswirkungen auf die Zunahme von Atemwegserkrankungen hat. Nicht von ungefähr haben die Ersatzkassen und das Gesundheitsnetz Südwürttemberg im Juli 2004 den ersten flächendeckenden Vertrag „Integrierte Versorgung bei chronischen Atemwegserkrankungen“ abgeschlossen. Genug Anlass also für die Ersatzkassenverbände sich der Feinstaubproblematik anzunehmen, zu thematisieren, aber auch zu versachlichen. „Die Ersatzkassenverbände in Baden-Württemberg wollen deshalb sachlich informieren und aufklären. Hysterie ist hier fehl am Platz“, so Frank Winkler (li.), Sprecher der Ersatzkassenverbände in Baden-Württemberg, bei Pressekonferenzen in Stuttgart und in Ulm.

„Wenn es um chronische Bronchitis, Atemwegsallergien, Lungenkrebs und anderes geht, dann ist die Zigarette für mich nach wie vor neunzig Prozent des Problems“, sagt Lungenfacharzt Dr. Michael Barczok (Bildmitte).

### In dieser Ausgabe:

- **Aktion der Ersatzkassen**  
Atemwegserkrankungen – erfolgreich verhindern!
- **Vorstellung**  
Der neue Leiter der VdAK/AEV-Landesvertretung heißt Walter Scheller
- **Gesundheitspolitische Fachtagung**  
Die elektronische Gesundheitskarte – Chancen und Risiken  
Aktueller Stand und Perspektiven der Gesundheitstelematik
- **Prävention wird in Baden-Württemberg groß geschrieben**  
Förderpreis Gesundheit – Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen  
243 eingereichte Projekte, 11 Preisträger
- **Neue Krankenhausfinanzierung**  
Landesweiter Basisfallwert 2005 vereinbart und genehmigt  
Kommentar
- **Selbsthilfekontaktstellen gefördert**  
Ersatzkassen sichern Aktivitäten finanziell auch weiterhin  
Das Arbeitsspektrum von Selbsthilfekontaktstellen
- **Informationen in Kürze**

**vdak**

Verband der  
Angestellten-  
Krankenkassen e.V.



AEV – Arbeiter-  
Ersatzkassen-  
Verband e.V.

Als Experte konnte Dr. Michael Barczok bei Pressekonferenzen in Stuttgart und in Ulm gewonnen werden. Er ist Facharzt für Lungen- und Bronchialheilkunde und in den Fachbereichen Innere Medizin, Pneumologie, Allergologie und Umweltmedizin zu Hause. Außerdem ist er im Vorstand der Berufsvereinigung der deutschen Pneumologen. Feinstaub in der Luft ist besonders für Kinder gefährlich. „Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Feinstaub und der Entwicklung von chronischer Bronchitis bei Kindern“, sagt der Ulmer Pneumologe. Und auch die Häufigkeit von Allergien nimmt durch den Dreck in der Luft zu. Um die Luftverschmutzung und ihre Folgen zu bekämpfen ist nach Barczoks Ansicht ein Bündel von Maßnahmen nötig. Vor allem aber: „Der Feinstaub muss dort gestoppt werden, wo er entsteht.“

Diesel-Fahrzeuge sind nur ein Teil des Problems. Die winzig kleinen Partikel haben aber noch viele andere Quellen. Beispielsweise Waldbrände oder Bodenerosion. Und nicht zuletzt – Rauchen. Der Qualm, der durch Zigaretten oder Zigarren entsteht, sei nichts anderes als Feinstaub, sagt Barczok und führt drastisch vor Augen: „Der Rauch einer Zigarette produziert so viel Feinstaub wie ein 100 Minuten laufender Dieselmotor.“ Eigentlich habe jeder Mensch eine gut funktionierende „Müllabfuhr“ in der Lunge. Der Dreck, den man ständig einatmet, werde durch Flimmerhärchen und Schleim nach draußen befördert. Durch Feinstaub aber würden diese natürlichen Reinigungsmechanismen durchbrochen. Die Folge: Der Dreck bleibt drin. Winzige Wunden, die beim Husten in der Schleimhaut entstehen, bleiben offen. Pollen können eindringen und Allergien auslösen. Und nicht nur das. Die Pollen selbst werden durch Feinstaub auch noch verändert und um ein Vielfaches aggressiver. Deshalb hätten Stadtkinder wesentlich häufiger Pollenallergien als Landkinder, erläutert Barczok (Bildmitte). Feinstaub richtet aber nicht nur Schaden in der Lunge an, sondern kann auch in die Blutbahn gelangen und so zu Gefäßverkalkungen und Herzinfarkt führen.

Auch die verbesserte Früherkennung von Patienten mit



Atemwegserkrankungen und Allergien ist für Barczok ein Schritt in die richtige Richtung. Bereits mehrfach haben die Ersatzkassenverbände in Baden-Württemberg

über das Mannheimer Atemwegsprojekt, welches seit dem 1. April 2002 läuft, berichtet. Ein Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchung war, dass vor allem Kinder und Jugendliche betroffen sind. 45 Prozent der Asthmapatienten, die im Mannheimer Projekt eingeschrieben sind, sind Kinder bis 14 Jahre. Die Ergebnisse wurden seiner Zeit von Professor Dr. Eberhard Wille, der auch Vorsitzender des Sachverständigenrates im Gesundheitswesen ist, vorgestellt.

Im Juli 2004 wurde in Baden-Württemberg der erste flächendeckende Vertrag „Integrierte Versorgung bei chronischen Atemwegserkrankungen“ zwischen den Ersatzkassen und dem Gesundheitsnetz Südwürttemberg unterzeichnet. Hierbei steht die umfassende Betreuung von Kindern und Erwachsenen mit Atemwegserkrankungen im Vordergrund. Dabei ist es das Ziel, eine effiziente und wirtschaftliche Versorgungssituation unter Beteiligung des ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Bereichs in Form eines integrierten Versorgungsangebots für die Region Südwürttemberg sicherzustellen. „Gerade durch das Zusammenspiel von medizinischer Fachkompetenz und sinnvoll vernetzter Strukturen auf unterschiedlichen Versorgungsebenen ist die qualitativ beste Versorgung vieler Krankheitsbilder bei Atemwegserkrankungen am ehesten zu erreichen. Die Lebensqualität der Patienten soll verbessert und eine qualitativ bessere und wirtschaftliche medikamentöse Therapie erreicht werden“, erklärt Walter Scheller.

### Aktionstag der Ersatzkassen

Die Ersatzkassen und das Gesundheitsnetz Süd veranstalteten deshalb im Mai den Aktionstag „Asthma und COPD – erfolgreich verhindern!“ in Ulm. Vor dem Stadthaus in Ulm waren die DAK, BARMER, TK und KKH mit Informationsständen präsent. Außerdem beteiligten sich Ulmer Pneumologen und Kinderärzte, Ulmer Apotheken sowie die Nichtraucher-Initiative Ulm.

Der Aktionstag wurde mit kostenlosen Workshops und Impulsreferaten für die Bevölkerung begleitet. Angeboten wurden die Themen: „Asthma vermeiden – was kann ich tun?“, „COPD vermeiden – was kann ich tun?“, „Asthma/COPD und Belastung?“, „Rauchen – Wege aus der Sucht“, „Richtig atmen!“, „Leben ohne Atemnot – der Weg!“. Das Gesundheitsnetz Südwürttemberg stellte im Ulmer Stadthaus ein Lungenfunktionsgerät zur Verfügung. Für die Bevölkerung wurden kostenlose Messungen wie etwa die Messung der Lungenleistung und des Lungenvolumens, Messung der Empfindlichkeit der Lunge gegenüber Umweltbelastungen oder die Messung des Sauerstoffgehalts im Blut angeboten. Exemplarisch wurde das Thema der Feinstaubbelastung plastisch dargestellt und das individuelle Asthma/COPD-Risiko bestimmt.

# Walter Scheller ist neuer Leiter der Ersatzkassenverbände in Baden-Württemberg

**STUTTGART.** Der stellvertretende Leiter der VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg wurde im Juni zum neuen Leiter der VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg berufen.

Der 47-Jährige begann seine Karriere 1983 bei der DAK in Crailsheim. Seit 1988 ist er mit Führungsaufgaben betraut; so übernahm er 1991 – 1995 die Funktion des Bezirksgeschäftsführers in Öhringen. Von 1995 – 2000 war er DAK Geschäftsführer der Bezirksgeschäftsstelle Aalen und Ortsausschussvorsitzender der Region Ostwürttemberg. Zusätzlich übernahm er weitere Aufgaben für die Ersatzkassen in den Regionen Reutlingen und Kirchheim.

Im Jahr 2000 wurde Walter Scheller innerhalb der DAK die Teamleiterfunktion in der Vertragsarbeit für Baden-Württemberg mit Sitz in Stuttgart übertragen.

Im Dezember 2003 wechselte er zur VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg und übernahm dort die Leitung des Referats Verträge; im Oktober 2004 folgte die stellvertretende Leitung der VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg. In dieser Funktion vertrat er die Interessen der Ersatzkassen in Baden-Württemberg gegenüber Vertragspartnern, Be-

hörden sowie politischen Gremien und Verbänden auf Landesebene.

Seine künftigen Aufgabenschwerpunkte sieht der neue Chef der Ersatzkassenverbände in der weiteren Optimierung und Verzahnung der gesundheitlichen Versorgung.

Den vom Gesetzgeber zugestandenen Gestaltungsspielraum, etwa bei der integrierten oder der hausarztzentrierten Versorgung, möchte er dabei zum Wohle der Ersatzkassenversicherten nutzen.

Neben der Bündelung von Individualinteressen ist für ihn der Abschluss von individuellen Verträgen mit speziellen Preis-Leistungs-Gestaltungen unter Einbezug der erforderlichen Qualitätssicherung ein ganz besonderes Anliegen.

Das VdAK/AEV-Team Baden-Württemberg wünscht ihm alles Gute und wird ihn tatkräftig unterstützen.



Walter Scheller

## Gesundheitspolitische Fachtagung am 21. Juli Die elektronische Gesundheitskarte – Chancen und Risiken Aktueller Stand und Perspektiven der Gesundheitstelematik

Die VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg lädt die Akteure des baden-württembergischen Gesundheitswesens am 21. Juli 2005 zu einer interessanten gesundheitspolitischen Veranstaltung in den Stuttgarter Ratskeller ein. Berichtet werden soll über den aktuellen Stand und die Perspektiven der Gesundheitstelematik. Hierbei geht es um ein wichtiges gesundheitspolitisches Thema und Mammut-Projekt im Gesundheitswesen. Parallel dazu wird Walter Scheller als neuer Leiter der VdAK/AEV Landesvertretung Baden-Württemberg vorgestellt und offiziell in sein neues Amt eingeführt.

Es ist der Landesvertretung gelungen, die Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen e. V.

(VdAK) und AEV-Arbeiter-Ersatzkassen-Verbandes e. V., Dr. Doris Pfeiffer, für diesen Tag zu gewinnen. Als stellvertretende Vorsitzende im Verwaltungsausschuss der gematik mbH wird Frau Dr. Pfeiffer den aktuellen Sachstand der Telematikanwendungen für die Gesundheitskarte vorstellen.

Gemeinsam mit den im baden-württembergischen Landtag vertretenen gesundheitspolitischen Sprecher/innen Andreas Hoffmann, MdL CDU, Dr. Ulrich Noll, MdL und Fraktionsvorsitzender der FDP/DVP, Ulla Haußmann, MdL SPD und Brigitte Lösch, MdL Bündnis90/Die Grünen wird die Thematik im Anschluss vertiefend diskutiert. Für das Ministerium für Arbeit und Soziales hat Ministerialdirektor Bernhard Bauer sein Kommen zugesagt.

# Prävention wird in Baden-Württemberg



- **Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner zeichnet Preisträger des Förderpreises „Gesundheit – Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“ aus**
- **Sechs herausragende Projekte für gesunde Ernährung und Bewegung mit Preisgeldern von insgesamt 10.000 EUR ausgezeichnet. Ersatzkassen unterstützen Projekte finanziell**
- **Erstmals gibt es einen qualifizierten Überblick über vorhandene Präventionsaktivitäten im Land**

**STUTTGART.** Heike Drechsler (Foto oben rechts), erfolgreichste Weitspringerin aller Zeiten, kämpft aktiv gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen. Im Gespräch mit dem allseits bekannten Jürgen Hörig vom SWR-Fernsehen machte sie vor 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung deutlich, wie wichtig Ernährung und Bewegung schon von Kindesbeinen an sind. Natürlich spielen auch die Veranlagung eine Rolle. Sie, deren Erfolge im Weitsprung in die Sportgeschichte eingegangen sind, habe damit zum Glück keine Probleme gehabt. Wie erfolgreich Kinder an die richtige Ernährung gebracht werden können, berichtete Jürgen Mädger, der die Projektleitung der Europa-Miniköche inne hat. Viele Prominente konnte er für sein Projekt gewinnen und überzeugen.

243 baden-württembergische Initiativen im Wettbewerb – und sechs Gewinner. Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner (Foto oben, Bildmitte) zeichnete am 22.06.2005 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart die Preisträger des Förderpreises „Gesundheit – Prävention von Übergewicht von Kindern und Jugendlichen“ aus. Damit Kinder und Jugendliche erst gar nicht zu dick werden, brauchen wir eine gezielte Prävention und Gesundheitsförderung – Ziel muss sein, gemeinsame Strategien und landesweite Modelle für den Themenkreis „Ernährung und Bewegung“ zu entwickeln und diese zu verbreiten. Ein Hauptaugenmerk gilt dabei der Nachhaltigkeit. Notwendig ist es, dauerhafte Verhaltensänderungen vor allem bei Kindern und Jugendlichen herbeizuführen, sagte der Minister bei der Preisverleihung. Wenn Kinder bereits zu dick wären, sei es schwierig, ihr Ess- und Bewegungsverhalten dauerhaft zu ändern.

Mit dem Förderpreis hatte sich das beim Ministerium für Arbeit und Soziales angesiedelte Gesundheitsforum Baden-Württemberg, welches u.a. von der VdAK/AEV-Landesvertretung Baden-Württemberg getragen wird, zum Ziel gesetzt, Erfolg versprechende Präventionsprojekte ausfindig und bekannt zu machen. Der Bedarf nach solchen Projekten ist groß: Zur Zeit ist in Baden-Württemberg etwa jedes sechste Kind zu dick. Hauptgründe dafür sind eine dem Verbrauch nicht angepasste, zu kalorienhaltige Ernährung und mangelnde Bewegung.



# temberg groß geschrieben

Elf Projekte sind als herausragend eingestuft worden.

Nach den Worten des Ministers stelle die Prävention einen Eckpfeiler in der Arbeit der Landesregierung dar. Dabei werde dem Thema Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen ein besonderer Stellenwert eingeräumt. „Die Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen ist ein zentrales und gesundheitspolitisches Anliegen und eine wichtige Aufgabe, die wir gemeinsam mit Eltern, Schulen und Kindern in Angriff nehmen wollen. Die Resonanz auf die Ausschreibung des Förderpreises übertrifft alle Erwartungen. Wir sind auf einem guten Weg, der Prävention mit innovativen Ideen zum Erfolg zu verhelfen.“

In dem Wettbewerb wurden 243 Projekte eingereicht. „Damit wird erstmals ein qualifizierter Überblick über die vorhandenen Präventionsaktivitäten im Land geschaffen und der interessierten Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt“, so der Minister.

## HINTERGRUND

### Warum dieser Förderpreis?

Mit diesem Förderpreis zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg sollen

- nachahmenswerte Projekte, beispielsweise zu den Themen Ernährung, Bewegung, Sport, Freizeitgestaltung, Kompetenzförderung oder zur Gestaltung von Lebensräumen prämiert, bekannt gemacht und verbreitet werden,
- die Themen Ernährung und Bewegung mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden,
- die vielfältigen Projekte erfasst und in einer elektronischen Datenbank veröffentlicht werden,
- der Austausch über „gute Praxisbeispiele“ gefördert werden.

An der Ausschreibung hatten sich Einzelpersonen, Zusammenschlüsse und Netzwerke sowie Einrichtungen und Unternehmen in Baden-Württemberg beteiligt, die Initiativen zur Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendliche und/oder deren Umfeld anbieten. Beteiligt haben sich Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ernährungsfachkräfte, Sportvereine, Krankenkassen, Ärzte und Apotheker, Wohlfahrtsverbände, Ausbildungsstätten, Unternehmen, Stadt-/Landkreise und Kommunen.

Der Förderpreis macht auch die Präventionsaktivitäten der Ersatzkassen ohne Präventionsgesetz deutlich.

Sechs dieser Projekte zeichnete der Minister mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 10.000 Euro aus. Die Projekte weisen eine beeindruckende Vielfalt, Kreativität und Qualität auf. Die Auswahl der Preisträger, in deren Jury mit Frank Winkler (Foto oben, links) auch die VdAK/AEV-Landesvertretung Baden-Württemberg vertreten war, war sehr schwierig“. Hauptgewinner und damit Gewinner des Preisgeldes von 3.500 Euro ist die Stadt Karlsruhe für das von ihr initiierte „Kinder-gesundheit – Agenda 21-Projekt“. In 13 ausgewählten Karlsruher Kindertageseinrichtungen erhalten rund 800 Kinder zusätzliche Bewegungs-, Ernährungs- und Mobilitätsangebote. Die weiteren fünf Preisträger, die mit einem Preisgeld zwischen 2.500 und 750 Euro ausgezeichnet wurden, sind die Franz-Josef-Schule in Bad Schönborn, der Städtische Kindergarten in Reutlingen, die Wessenbergschule in Singen, die Eisenhutschule Unteröwisheim (Foto unten, rechts) und die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Kindern und Jugendlichen der Familienhilfe – Stiftung in Heidelberg (Foto unten, Bildmitte). Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner nahm im Beisein des Laudators Frank Winkler die Auszeichnung der Projektverantwortlichen persönlich vor.

Der „Förderpreis Gesundheit“ ist eine Initiative des beim Ministerium für Arbeit und Soziales angesiedelten Gesundheitsforums Baden-Württemberg. Das Gesundheitsforum wurde von der Landesregierung initiiert und wird von wichtigen Akteuren des baden-württembergischen Gesundheitswesens getragen. Stifter der Preisgelder sind der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) und Arbeiter-Ersatzkassen-Verband (AEV) Baden-Württemberg, die Robert-Bosch-Stiftung, das Ministerium für Ernährung und ländlichen Raum sowie das Ministerium für Arbeit und Soziales.

Eine Übersicht über die eingegangenen Projekte und Maßnahmen ist auf der Homepage des Gesundheitsforums Baden-Württemberg unter [www.gesundheitsforum-bw.de](http://www.gesundheitsforum-bw.de) abrufbar.



## Landesweiter Basisfallwert 2005 in Baden-Württemberg vereinbart und genehmigt

- **Kassen und Kliniken einigen sich**
- **Im bundesweiten Vergleich liegt der Basisfallwert in Baden-Württemberg im Mittelfeld**
- **Basisfallwert gilt für 222 Kliniken im Land**

**STUTTGART.** Auf einen landesweiten Basisfallwert 2005 haben sich die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, die Landesverbände der Krankenkassen und die Verbände der Ersatzkassen einschließlich der Privaten Krankenversicherung geeinigt. Er liegt für die 222 Krankenhäuser, die in Baden-Württemberg nach dem pauschalierten Entgeltsystem abrechnen, bei 2.774,57 Euro. Dieser Betrag dient im Jahr 2005 als konkrete Basis für die Angleichung der krankenhaushausindividuellen Budgets. Das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg hat die Vereinbarung genehmigt. So konnte durch die Leistung der baden-württembergischen Selbstverwaltung ein Schiedsverfahren, wie es in zahlreichen anderen Bundesländern geführt werden musste, vermieden werden.

Als Ausgangsbasis für diesen Basisfallwert wurde im Jahr 2004 ein Erlösvolumen von 5,66 Milliarden Euro für die betroffenen Krankenhäuser zu Grunde gelegt. Danach beläuft sich der Landesbasisfallwert auf 2.855,51 Euro als Zielwert bzw. auf 2.774,57 Euro unter Abzug eines vom Gesetzgeber vorgegebenen „Schonbetrags“ zu Gunsten der Maximalversorgungs-krankenhäuser (insbesondere Universitätsklinik). Mit

dem Betrag von 2.774,57 Euro liegt Baden-Württemberg bei den Ländern, die bereits einen landesweiten Basisfallwert vereinbart und genehmigt haben, im Mittelfeld. Der höchste wurde bislang im Saarland mit 2.923,02 Euro vereinbart, den niedrigsten hat Mecklenburg-Vorpommern mit 2.585 Euro.

Der von den Krankenkassen und Krankenhausgesellschaft vereinbarte landesweite Basisfallwert stellt – vereinfacht gesagt – die Geldsumme dar, welche die Krankenhäuser für einen durchschnittlichen Leistungsfall von den Krankenkassen erhalten. Momentan weist jedes Krankenhaus kalkulatorisch seinen eigenen Basisfallwert aus, der über oder unter dem landesweiten Basisfallwert liegen kann. Ziel der Umstellung ist es, den Kliniken in den einzelnen Bundesländern gleiche Preise für gleiche Leistungen zu zahlen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Krankenhäuser in Baden-Württemberg jetzt ihre hausindividuellen Basisfallwerte an den landesweiten anpassen. Gewinner sind dabei die Kliniken mit den individuellen Basisfallwerten, die geringer als der landesweite Basisfallwert sind. Weniger Geld werden künftig die Häuser bekommen, deren Basisfallwerte über dem landesweiten Durchschnitt liegen. Die finanziellen Auswirkungen für die Kliniken werden dadurch abgemildert, dass der Gesetzgeber eine Konvergenzphase für die Jahre 2005 bis 2009 vorsieht.

Das heißt: Der Landesbasisfallwert wirkt sich für die Kliniken erst im Jahr 2010 in vollem Umfang aus.

### DER KOMMENTAR

#### Baden-Württembergische Selbstverwaltung ist handlungsfähig

- Der baden-württembergische Landesbasisfallwert liegt im bundesweiten Vergleich im Mittelfeld. Das ist insbesondere unter Berücksichtigung der hiesigen Ausgangsposition ein akzeptables Ergebnis. So ist die Krankenhaushäufigkeit im Vergleich mit anderen Bundesländern mit am niedrigsten, und der Patientenwanderungssaldo aus anderen Bundesländern liegt bei jährlich 5-10 %, was im Bundesdurchschnitt höhere Fallkosten zur Folge hat.
- Nicht zuletzt der zu jeder Zeit sachlichen und zielorientierten Verhandlungsweise aller Beteiligten ist es zu verdanken, dass in Baden-Württemberg ein Konsensergebnis erreicht werden konnte. Zwar mussten sowohl die Krankenhaus- als auch die Kassenseite Opfer bringen, aber mit dem erreichten Ergebnis können nun aber auch beide Seiten leben.
- Die Budget- und Entgeltverhandlungen 2005 konnten nun für die betroffenen Krankenhäuser zügig aufgenommen werden. Mit der Genehmigung des Landesbasisfallwerts durch das Land zum 01.06.2005 sind Budgetabschlüsse der Krankenhäuser bereits zu diesem Zeitpunkt möglich geworden. Die Verordnung des BMGS zur Bestimmung vorläufiger Landesbasisfallwerte 2005, die zur Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Budgetabschlüsse zur Anwendung kommen soll, wurde in Baden-Württemberg obsolet. Im Übrigen wurde der in der Verordnung für Baden-Württemberg zunächst vorgesehene Basisfallwert in Höhe von 2.792 Euro durch den vereinbarten Betrag in Höhe von 2.774,57 Euro noch unterschritten.



Margit Seifert, VdAK/  
AEV-Landesvertretung  
Baden-Württemberg

## Baden-Württembergische Ersatzkassen sichern Aktivitäten der Selbsthilfekontaktstellen

- Ersatzkassen fördern neun Selbsthilfekontaktstellen im Land mit über 100.000 Euro
- Selbsthilfekontaktstellen leisten einen wichtigen Beitrag der „Hilfe zur Selbsthilfe“ und sind ein fester Bestandteil im deutschen Sozial- und Gesundheitssystem
- Positives Signal soll ein Zeichen für das Land und die Kommunen sein, ihre Förderung nicht zurückzufahren

**STUTTGART.** Selbsthilfegruppen sind für Patientinnen und Patienten von großer Bedeutung. „Die ehrenamtliche Tätigkeit der Gruppen und die hauptamtliche Tätigkeit der Selbsthilfekontaktstellen sind unverzichtbar zur Bewältigung und zur Heilung von Krankheiten. Für viele Patienten ist die Arbeit in einer Selbsthilfegruppe wie ein „Airbag“ gegen Krankheit, deshalb hat der Landesausschuss der Ersatzkassen auch der finanziellen Förderung uneingeschränkt zugestimmt“, so Frank Winkler, Sprecher der Ersatzkassenverbände in Baden-Württemberg.

„Wir kommen unserer gesetzlichen Verpflichtung in Baden-Württemberg nach. In diesem Jahr erhalten die Selbsthilfekontaktstellen in Baden-Württemberg 107.780,60 €. Dieses ist gut angelegtes Geld. Wir wollen, dass die Selbsthilfekontaktstellen so schnell wie möglich eine finanzielle Förderung erhalten, die es ihnen ermöglicht, ihre Arbeit am Menschen optimal zu gestalten“, so Winkler weiter.

„Leider müssen wir feststellen, dass sowohl das Land Baden-Württemberg als auch die Kommunen die beantragten Mittel für die Selbsthilfekontaktstellen reduziert haben. Selbsthilfegruppen wie auch Selbsthilfekontaktstellen sind jedoch für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung da. Deshalb ist es weiterhin notwendig, dass das Land und die Kommunen die Arbeit der Selbsthilfeförderung im selben Maße umfassend finanziell unterstützen. Es kann nicht allein Aufgabe der Krankenversicherung sein, diese wichtige Arbeit zu unterstützen“.

„Die Selbsthilfekontaktstellen leisten einen äußerst wichtigen Beitrag der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ohne die Selbsthilfe wäre die Situation vieler chronisch Kranker deutlich schwieriger. Die Initiative von Betroffenen und ihrer Angehörigen ist zu einer nicht mehr wegzudenkenden Ergänzung unseres Versorgungssystems geworden.“

In Deutschland gibt es derzeit ca. 35.000 Selbsthilfegruppen, ca. 1000 Selbsthilfeorganisationen und ca. 250 Selbsthilfekontaktstellen.

In Baden-Württemberg wurden elf Anträge eingereicht, wovon neun Anträge die Voraussetzungen einer Förderung der Selbsthilfekontaktstellen nach § 20 Abs. 4 SGB V erfüllten. Bei zwei Anträgen waren zum einen formale und inhaltliche Kriterien nicht erfüllt, zum anderen zu viel Administration (zu viele Gremien und damit Verwaltung vorgeschaltet) und eine nicht neutrale Ausrichtung gegeben.

Folgende Einrichtungen erhielten eine Förderung:

- Der Paritätische Wohlfahrtsverband Freiburg
- Das Heidelberger Selbsthilfe- und Projektbüro
- Die Paritätische in Karlsruhe
- Der Gesundheitstreffpunkt Mannheim
- Die Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen in Stuttgart
- Das Sozialforum Tübingen
- Die Selbsthilfekontaktstelle Schwarzwald-Baar-Kreis
- Das Selbsthilfebüro KORN in Ulm
- Die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen im Ortenaukreis, Offenburg

### DAS ARBEITSSPEKTRUM VON SELBSTHILFEKONTAKTSTELLEN

In Baden-Württemberg gibt es die LAG KISS, die Landesarbeitsgemeinschaft der Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen Baden-Württemberg. Die fach- und themenübergreifende Selbsthilfeunterstützung erfolgt in zwei Formen. Zum einen gibt es eigenständige Selbsthilfekontaktstellen, für die Selbsthilfeunterstützung Hauptaufgabe ist. Zum anderen gibt es Unterstützungsangebote, z. B. bei Krankenkassen oder kommunalen Ämtern, die Selbsthilfeunterstützung als Nebenaufgabe betreiben, was in der Regel nur begrenzte Angebote ermöglicht.

Zu den Arbeitsbereichen von Selbsthilfekontaktstellen zählt die Information und Beratung von Menschen, die an Selbsthilfe interessiert sind. Selbsthilfekontaktstellen unterstützen bei der Gründung von Selbsthilfegruppen. Sie beraten und unterstützen Gruppen bei organisatorischen oder finanziellen Fragen. Sie beraten und unterstützen auf Anfrage bei Konflikten und Problemen in Selbsthilfegruppen. Zudem unterstützen sie Selbsthilfegruppen bei deren Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig ist auch, einen Überblick über das gesamte Selbsthilfespektrum im Einzugsgebiet zu geben. Selbsthilfekontaktstellen verweisen auf überregionale Angebote der Selbsthilfe und arbeiten mit Fachleuten aus dem Sozial- und Gesundheitswesen zusammen.

## KURZ GEMELDET

- Der neue Sozialminister des Landes Baden-Württemberg heißt Andreas Renner. Er folgt Tanja Gönner nach, die nunmehr Umweltministerin ist. Zukünftig firmiert das Sozialministerium als „Ministerium für Arbeit und Soziales“.
- Aus den Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen Nord-Württemberg, Nordbaden, Südwürttemberg und Südbaden ist seit Jahresbeginn die Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung Baden-Württemberg entstanden. Die Verhandlungen werden jedoch nach wie vor für die vier Bezirksdirektionen Stuttgart, Karlsruhe, Reutlingen und Tübingen getrennt geführt.
- Bei der Erprobung der elektronischen Gesundheitskarte möchte sich das Land Baden-Württemberg mit der Testregion „Stadt- und Landkreis Heilbronn“ aktiv beteiligen. Im Februar 2005 erfolgte in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin die Vorstellung der Testregion.
- Die Ersatzkassen in Baden-Württemberg engagieren sich in der Prävention: Jüngstes Beispiel war der erstmals verliehene „Förderpreis Gesundheit – Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen“. Aus 243 eingereichten Projekten aus Baden-Württemberg wurden von Arbeits- und Sozialminister Andreas Renner am 22. Juni im Haus der Wirtschaft in Stuttgart 11 Projekte ausgezeichnet.
- Die Verhandlungen über die Vereinbarung eines landesweiten Basisfallwertes 2005 konnten nach 13 Verhandlungsrunden mit der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft erfolgreich abgeschlossen werden. Der landesweite Basisfallwert ohne Berücksichtigung der Kappungsgrenze bei der Anpassung der Krankenhausbudgets beläuft sich auf 2.855,51 Euro, mit dessen Berücksichtigung auf 2.774,57 Euro.
- Mit der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft konnten Muster-Entgeltvereinbarungen als Grundlage für die anstehenden Verhandlungen mit den einzelnen Krankenhäusern abgeschlossen werden. Darüber hinaus konnte auf der Landesebene eine Einigung über den Abschluss einer Empfehlungsvereinbarung zur Ausbildungsfinanzierung in Baden-Württemberg erzielt werden.
- Für die vier Bezirksdirektionen Stuttgart, Freiburg, Karlsruhe und Reutlingen wurden bis zum Jahresende 2005 Honorarverteilungsverträge abgeschlossen.
- Mit den Zahntechniker-Innungen Baden und Württemberg ist es gelungen, für das Jahr 2005 eine Preisregelung zu vereinbaren. Die Verhandlungen zur Neuorganisation der Wirtschaftlichkeitsprüfung ab Januar 2005 mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung konnten abgeschlossen werden.
- Die VdAK / AEV – Landesvertretung Baden-Württemberg hatte im März 2002 das bundesweit erste Modellprojekt „Integrierte Versorgung bei chronischen Atemwegserkrankungen“ zwischen den Ersatzkassen und dem Gesundheitsprojekt Niedergelassener Ärzte Mannheim e.V. und der Kassenärztlichen Vereinigung Nordbaden vereinbart. Ziel ist die umfassende, effiziente und wirtschaftliche Versorgung von Patienten mit Atemwegserkrankungen. Das Integrationsprojekt wurde zunächst auf den Stadtkreis Mannheim beschränkt. Die Erfahrungen aus diesem Projekt bildeten die Grundlage für den integrierten Versorgungsvertrag mit dem Gesundheitsnetz Süd vom Juli 2004 für die Region Südwürttemberg. Im Rahmen eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses besteht nun das Interesse der Vertragspartner, die Erfahrungen aus dem Mannheimer Projekt und dem Projekt in Südwürttemberg auf die Region Nordbaden auszuweiten. Vertragspartner für die Umsetzung in Nordbaden wären neben den bisherigen Partnern, dem Gesundheitsprojekt Niedergelassener Ärzte Mannheim e.V. (Hausärzte und Fachärzte), der Ärzterverbund Nordbaden e.V. (Hausärzte und Fachärzte), die med info GmbH (Fachärzte) und das Gesundheitsnetz Süd (Hausärzte und Fachärzte). Diese Vereinbarung soll noch im Juli zum Abschluss gebracht werden.
- 21. Juli 2005, Gesundheitspolitische Fachtagung „Die elektronische Gesundheitskarte – Chancen und Risiken – Aktueller Stand und Perspektiven der Gesundheitstelematik, Stuttgart

### IMPRESSUM

Herausgeber:  
Landesvertretung Baden-Württemberg des VdAK/AEV  
Christophstraße 7 (Eberhard Passage) · 70178 Stuttgart  
Telefon: 07 11 / 2 39 54-19 · Telefax: 07 11 / 5 29 54-16  
E-Mail: Frank.Winkler@vdak-aev.de  
Verantwortlich: Walter Scheller · Redaktion: Frank Winkler  
Fotos: Silke Im Wolde, Sabine Scheller, Sozialministerium